1. Austertigung

Ma 121

BEBAUUNGSPLAN Ma 121

Maßstab 1:1000

Es gilt die Baunutzungsverordnung 1977

Ma 121

ZEICHENERKLÄRUNG

Bestand

Geschoßzahl vorhandener Gebäude

Trafostation u. NN

Öffentlicher Parkplatz

Unverändert bestehenbleibende Festsetzungen und nachrichtliche Übernahmen

Begrenzungslinie

Baulinie

Baugrenze

Baugrundgrenze u. Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs 1 Nr 1 BBauG sowie §§ 2-11 BauNVO

WS Kleinsiedlungsgebiete

WR Reine Wohngebiete

WA Allgemeine Wohngebiete

D Dorfgebiete

MI Mischgebiete

MK Kerngebiete

GE Gewerbegebiete

GI Industriegebiete

SW Wochenendhausgebiete

SO Sondergebiete

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs 1 Nr 1 BBauG sowie §§ 16 u. 17 BauNVO)

I Höchstgrenze der Zahl der Vollgeschosse

II Zwingend vorgeschriebene Zahl der Vollgeschosse

IV – VIII Mindest- u. Höchstgrenze der Zahl der Vollgeschosse

0,4 Grundflächenzahl

0,7 Geschoßflächenzahl

3,2 Erhöhte Geschoßflächenzahl nach § 21a (5) BauNVO

3,0 Baumassenzahl

Bauweise, Stellung der baulichen Anlagen, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs 1 Nr 2 BBauG sowie §§ 22 u. 23 BauNVO)

o offene Bauweise

o Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

o Nur Hausgruppen zulässig

o Nur Einzelhäuser zulässig

o Nur Doppelhäuser zulässig

g Geschlossene Bauweise

△ offene Bauweise mit der Abweichung, daß Gebäude max. 50 m Länge zulässig sind

Gartenhäuser

Baulinie

Baugrenze

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 103 BAU O NW)

Satteldach

Walmdach

Pultdach (Pfeil in Richtung zur Traufe)

Flachdach

Dachneigung

Bauliche Anlagen u. Einrichtungen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs 1 Nr 5 BBauG)

Baugrundstücke für den Gemeinbedarf

Schule

Kirche

Kindertagesstätte, Kindergarten

Krankenhaus

Verkehrsflächen (§ 9 Abs 1 Nr 11 BBauG)

Straßenverkehrsflächen (öffentlich)

P Parkflächen (öffentlich)

Verkehrsmittel auf des Bahnkörper

Straßenbegrenzungslinie

Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen

Zu- u. Ausfahrtsverbot

Versorgungsflächen (§ 9 Abs 1 Nr. 12 BBauG)

Versorgungsflächen

Fernheizwerk

Sonstige Festsetzungen

Mit Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs 1 Nr 21 BBauG)

Zugehörigkeitshaken für Gemeinschaftskinderspielpl.

Mit Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten zugunsten der Anlieger zu belastende Flächen (§ 9 Abs 1 Nr 22 BBauG)

GKSp Flächen für Stellplätze oder Garagen (§ 9 Abs 1 Nr 4 BBauG)

St bzw. Ga

Baugrundgrenze für Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs 7 BBauG)

1 Siehe textliche Festsetzungen

Zugangsgelenkhaken für Baugrundstücke

Kennzeichnungen u. nachrichtliche Übernahmen

zu erhaltender Baumbestand

gepl. Begrenzungslinien

A Siehe textliche Hinweise

Umgrenzung der Sanierungsgebiete

Umgrenzung der Umlegungsgebiete

Umgrenzung der Landschaftsschutzgebiete

Umgrenzung der Verbandsgrünflächen

Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen

Flächen unter denen der Bergbau umgegangen ist

D zu erhaltendes Baudenkmal

sonstige Planungen, wie Sichtdreiecke

Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft (§ 9 Abs 1 Nr 18 BBauG)

Flächen für die Landwirtschaft

Flächen für die Forstwirtschaft

Grünflächen (§ 9 Abs 1 Nr 15 BBauG)

Grünflächen (öffentlich)

Grünflächen privat

Parkanlage

gärtnerische Anlage

Friedhof

Dauerkleingärten

Sportplatz

Kinderspielplatz

Jugendspielplatz

Spielplatz

Tankstelle

Gasstelle Regelstation

Kennzeichnungen u. nachrichtliche Übernahmen

Anschluß Beb. Pl. Ma 105

Anschluß Bebauungsplan Ma 106

Belegungsgrenze

Kindertagesstätte II 0,4 (0,8) o

IV 0,4 (1,2) △

Kindergarten II 0,4 (0,8) o

WR IV 0,4 (1,1) △

WA I 0,4 (0,5)

Kindergarten II 0,4 (0,8) o

St

WR VI 0,4 (1,2) o

St u. Ga

GKSp

WR VI 0,4 (1,2) o

WR VI 0,4 (1,2) o

GKSp

WA III 0,4 (1,0) △

WR IV 0,4 (1,1) △

GKSp

Textliche Festsetzungen

Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 (1) Nr. 21 BBauG)

Die durch Zeichnung und Farbe festgesetzten und mit Ziffer (1) bezeichneten Flächen sind mit einem Leitungsrecht zugunsten der Gelsenwasser AG belastet.

Die Stadt Dortmund hat das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzten und mit der Ziffer (2) bezeichneten Flächen mit einem Leitungsrecht zu belasten.

Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG und die Dortmunder Stadtwerke AG haben das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzten und mit der Ziffer (3) bezeichneten Flächen mit einem Leitungsrecht zu belasten.

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19. 1. 1965. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.

Dortmund, den 5. Sept. 1977

Vermessungs- und Katasteramt

Der Oberstadtdirektor im Auftrage Lamping Städt. Vermessungsdirektor Leiter des Katasteramtes

Der Rat der Stadt hat am 6.10.1977 nach § 2a Abs 6 der Bundesbaugesetze in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 8. 1976 (BGBl I S. 2256) beschlossen, diesen Bebauungsplan-Entwurf mit Begründung öffentlich auszulegen.

Dortmund, den 10.10.1977

Oberbürgermeister Karl Lichtl Ratsmitglied

Die planungsrechtlichen Vorschriften dieses Bebauungsplanes sind nach § 11 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256) mit der Verfügung vom 4. MRZ. 1978 genehmigt worden.

35.2.1 – 2.4 – 1.3 Ma 121

Der Regierungspräsident Arnsberg Im Auftrage

Entwurfen

Dortmund, den 12. 9. 1974

Der Oberstadtdirektor im Auftrage i.V. Leiter der Stadtplanungsamtes

Der Oberstadtdirektor in Vertretung Stadtrat

Dieser Bebauungsplan-Entwurf mit Begründung hat nach § 2a Abs 6 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256) die Dauer eines Monats vom 19. 12. 1977 bis 19. 1. 1978 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Dortmund, den 23. 1. 1978

Der Oberstadtdirektor im Auftrage Abteilungsleiter

Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit der öffentlichen Auflegung mit Begründung ist nach § 12 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256) am 29.09.1977 durch Stadt-Nr. 76 vom 29.09.1977 ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit dem Tage nach dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Dortmund, den 02.05.1979

Der Oberstadtdirektor im Auftrage Abteilungsleiter

Der Rat der Stadt hat am 29.9.1975 nach § 2 des Bundesbaugesetzes, ~~in der Fassung vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341)~~ beschlossen, diesen Bebauungsplan aufzustellen.

Dortmund, den 2.10.1975

Oberbürgermeister Karl Lichtl Ratsmitglied

~~Der Rat der Stadt hat am 29.6.1978 nach § 10 des Bundesbaugesetzes, in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256) diesen Bebauungsplan und die gestalterischen Festsetzungen gem. § 103 BAUO NW, ~~beschlossen~~ als Satzung beschlossen.~~

Dortmund, den 3.7.1978

Oberbürgermeister Karl Lichtl Ratsmitglied

STADT DORTMUND

Zu diesem Beb. Pl. gehört die Begründung vom 11.4.1978

Bebauungsplan Ma 121

Flurkarte

Stadtgrundkarte 9410 N

Maßstab 1:1000

Ma 121